

13. März 2024

Postulat

von Flurin Capaul (FDP)
und Roger Suter (FDP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei heute noch durch die IMMO verwalteten Wohnungen, bei einem nicht-freiwilligen Ausscheiden aus einem städtischen Arbeitsverhältnis, eine marktübliche Miete gefordert werden kann.

Begründung:

Im Rahmen der Beratung der Weisung Stadtgärtnerei wurde das Postulat 2023/265 eingereicht, wie im Rat diskutiert folgt nun der zweite Teil separat.

Wohnungen die aus historischen Gründen noch von der IMMO (statt der LSZ) verwaltet werden, weisen z.T. keine marktübliche Miete aus. Aktuell werden noch 98 Wohnungen von der IMMO vermietet, wovon nur 33 einen Zweck als Dienst- und Personalwohnung ausweisen.

Besonders stossend ist da, dass ehemalige Direktionsmitglieder nach nicht-freiwilligen Ausscheiden aus einem städtischen Arbeitsverhältnis, weiterhin auf Kosten des Steuerzahlenden keine marktübliche Miete bezahlen.

